



STIFTERVERBAND

WAHLPROGRAMM- ANALYSE SACHSEN-ANHALT

Eine Untersuchung der bildungspolitischen
Positionen der Parteien



INHALT

Executive Summary	2
1. Einleitung	3
2. Ausgangssituation	4
2.1 Die Lehrkräftebildung in Sachsen-Anhalt	4
2.1.1 Schwund potenzieller Lehrkräfte	6
2.1.2 Regelungen zum Quer- und Seiteneinstieg	7
2.1.3 Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Lehrkräftebildung	8
2.1.4 Ein-Fach-Studium und duales Lehramtsstudium	8
2.1.5 Zusammenfassung und Handlungsoptionen	9
2.2 Schulische und außerschulische Potenzialförderung in Sachsen-Anhalt	10
2.2.1 Ergebnisse im IQB-Bildungstrend	10
2.2.2 Stand der Kooperationen in Sachsen-Anhalt	11
2.2.3 Rechtliche Rahmenbedingungen von Kooperationen	12
2.2.4 Zusammenfassung und Handlungsoptionen	13
3. Analyse der Wahlprogramme	14
3.1 CDU	14
3.2 SPD	15
3.3 FDP	15
3.4 AfD	16
3.5 DIE LINKE	17
3.6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18
4. Einordnung aus Sicht des Stifterverbandes	19
4.1 Gesamteinordnung der Analyse im Bereich Lehrkräftebildung	19
4.2 Gesamteinordnung der Analyse im Bereich schulische und außerschulische Potenzialförderung	19
Literaturverzeichnis	21

EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Landtagswahl am 6. September 2026 werden in Sachsen-Anhalt wichtige bildungspolitische Weichen gestellt. Angesichts der anhaltenden Lehrkräftelücke und deutlicher Kompetenzrückgänge, insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, zählen die Sicherung der Unterrichtsversorgung und die gezielte Potenzialförderung von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Legislaturperiode. Die vorliegende Untersuchung analysiert die Positionen der im Landtag beziehungsweise Bundestag vertretenen Parteien zu zwei zentralen Herausforderungen: der Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften sowie der Förderung von Schülerinnen und Schülern durch systematische schulisch-außerschulische Kooperationen.

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte die künftige Landesregierung die Sicherung des Lehrkräftebedarfs zur bildungspolitischen Priorität machen. Dazu gehören wirksame Maßnahmen gegen den Schwund in der Lehrkräftebildung, die qualitätsgesicherte Weiterentwicklung von Quer- und Seiteneinstiegen sowie der Ausbau flexibler Ausbildungswege. Zugleich sollte Sachsen-Anhalt schulisch-außerschulische Kooperationen strategisch stärken. Erforderlich sind eine landesweite Entwicklungsstrategie, die Nutzung des Ganztags als Bildungsraum sowie bessere Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Partnern.

Die Analyse der Wahlprogramme zeigt, dass die Parteien den Lehrkräftemangel als zentrale Herausforderung anerkennen und verschiedene Ansätze zur Stärkung der Lehrkräftegewinnung und -ausbildung aufgreifen. Dazu zählen insbesondere eine stärkere Praxisorientierung des Lehramtsstudiums, der Ausbau dualer Studienmodelle sowie die Weiterentwicklung von Qualifizierungswegen für Quer- und Seiteneinsteigende. Gleichzeitig bleiben wesentliche Fragen offen. So finden sich nur wenige Ansätze, um dem hohen Schwund im Lehramtsstudium entgegenzuwirken oder zusätzliche Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf zu erschließen. Auch bleibt vielfach unklar, wie alternative Zugangswege langfristig qualitätsgesichert weiterentwickelt und als nachhaltige Bausteine der Lehrkräfteversorgung etabliert werden sollen.

Die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen wird von den Parteien grundsätzlich erkannt. Die Wahlprogramme betrachten diese jedoch überwiegend im Kontext von Berufsorientierung und Ganztag. Vereinzelt finden sich darüber hinaus Ansätze zur stärkeren Einbindung außerschulischer Lernorte, praxisnaher Bildungsangebote und zur besseren Vernetzung von Schulen mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Mit Blick auf die deutlichen Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend bleiben wichtige Potenziale jedoch ungenutzt. Außerschulische Bildungsangebote können einen bedeutenden Beitrag zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und überfachlichen Kompetenzen leisten. Diese Perspektive findet sich in den Wahlprogrammen jedoch nur punktuell wieder.

Insgesamt macht die Analyse deutlich, dass die Herausforderungen des Bildungssystems in Sachsen-Anhalt parteiübergreifend erkannt werden. Die Programme enthalten verschiedene Vorschläge zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung und zur stärkeren Öffnung von Schule. Zentrale strategische und strukturelle Fragen bleiben jedoch vielfach unbeantwortet. Weder für die nachhaltige Verringerung der Lehrkräftelücke noch für den systematischen Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen lassen sich umfassende und kohärente politische Konzepte erkennen.

1. EINLEITUNG

Deutschland braucht ein Bildungssystem, in dem alle Jugendlichen - unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Hintergrund - ihr volles Potenzial entfalten und in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft einbringen können. Unser Ziel muss es sein, junge Menschen bestmöglich auf eine Welt vorzubereiten, in der das einzig Beständige die Veränderung ist. Allerdings steht das Bildungssystem unter erheblichem Druck: Lehrkräftemangel, wachsende Bildungsungleichheiten und sinkende Bildungsleistungen gefährden die Zukunftschancen junger Menschen und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die anstehende Landtagswahl ist daher auch eine bildungspolitische Richtungsentscheidung darüber, wie die Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems gesichert werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat der Stifterverband die bildungspolitischen Positionen politischer Parteien analysiert. Die Untersuchung konzentriert sich auf zwei, aus Sicht des Stifterverbandes, besonders relevante Herausforderungen: die Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften sowie die Förderung systematischer schulisch-außerschulischer Kooperationen. Ziel der Analyse ist es, die bildungspolitischen Konzepte der Parteien entlang dieser Themenfelder vergleichend einzuordnen.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Landtag von Sachsen-Anhalt oder im Deutschen Bundestag vertreten sind. Dazu zählt auch die AfD, deren Landesverband in Sachsen-Anhalt vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Die AfD stellt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage, die auch das Fundament unseres Bildungssystems darstellt. Dennoch hat sich der Stifterverband bewusst für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren bildungspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und möglichst sachorientierten Auseinandersetzung beitragen.

2. AUSGANGSSITUATION

Zu Beginn des Jahres 2024 hat der Stifterverband die [Zukunftsmission Bildung](#) (ZMB) initiiert. Ziel der ZMB ist es, das Bildungssystem in die Lage zu versetzen, schnell mehr Menschen mit den notwendigen Kompetenzen für eine Welt im Wandel aus- und weiterzubilden. Vier thematische Allianzen arbeiten an den dafür erforderlichen Veränderungen.

Eine zentrale Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bildungssystem sind ausreichend qualifizierte Lehrkräfte. Nur wenn diese in hinreichender Zahl vorhanden und bedarfsgerecht qualifiziert werden, können die Bildungssysteme ihren Beitrag zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Aufgaben leisten und Teilhabe junger Menschen gewährleisten. Daher adressiert die [Allianz für Lehrkräfte](#) den Mangel an Lehrkräften und hat sich zum Ziel gesetzt, die bis zum Jahr 2030 prognostizierte Lücke von deutschlandweit bis zu 68.000 Lehrkräften zu halbieren. Dies kann nur im Schulterschluss mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren aller Phasen der Lehrkräftebildung und unter Berücksichtigung der landesspezifisch unterschiedlichen (bildungspolitischen) Rahmenbedingungen gelingen.

Schulen erreichen als einziger Bildungsort alle Kinder und Jugendlichen. Die wachsenden Anforderungen an Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe können sie jedoch nicht allein bewältigen; sie benötigen starke Partner.

Die [Allianz für Schule Plus](#) versteht schulisch-außerschulische Kooperationen als zentralen Baustein eines gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems. Stiftungen, Vereine, Unternehmen, Hochschulen und weitere Akteure schaffen Lerngelegenheiten, die Schulen allein häufig nicht bieten können – etwa zur Förderung von Chancengerechtigkeit, beruflicher Orientierung, Demokratiebildung oder im MINT-Bereich. So ergänzen sie schulisches Lernen und stärken die individuelle Förderung. Ziel der Allianz ist es, dieses Potenzial flächendeckend mit dem Schulsystem zu verzahnen und einen integrierten Bildungsraum zu schaffen, in dem Unterricht, Ganzttag und außerschulische Bildungsangebote wirkungsvoll zusammenwirken.

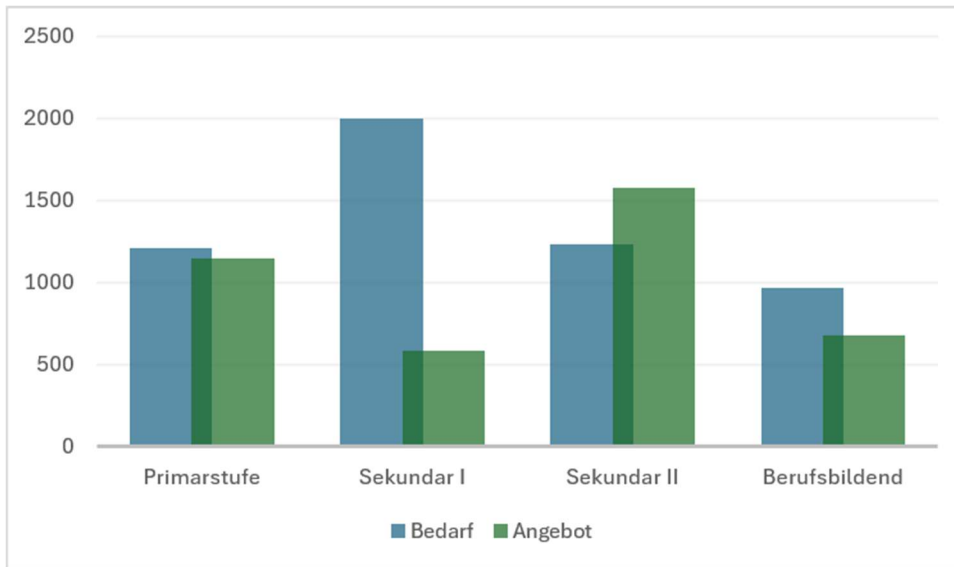
Deshalb werden im Folgenden die Lehrkräftebildung und die schulische und außerschulische Potenzialförderung in Sachsen-Anhalt als Grundlage für die Analyse der Wahlprogramme dargestellt.

2.1 Die Lehrkräftebildung in Sachsen-Anhalt

Bei rund 210.000 Schülerinnen und Schülern arbeiten im Schuljahr 2025/26 circa 14.000 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt. Der Bedarf liegt demgegenüber bei rund 15.240 Vollzeitlehrereinheiten (VZLE) für eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung. Bis 2035/36 wird der Lehrkräftebedarf nach Einschätzung einer Expertengruppe auf rund 13.000 VZLE sinken (Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, 2023). Von den aktuellen Bestandslehrkräften gehen in den nächsten zehn Jahren allerdings circa zwei Drittel in den Ruhestand. Trotz prognostisch sinkender Schülerinnen-/Schülerzahlen und damit einhergehendem sinkenden Lehrkräftebedarf wird der Einstellungsbedarf auch weiterhin hoch sein und das Angebot deutlich übersteigen (Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, 2025).

Gemäß der [KMK-Modellrechnung zum Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot](#) (Dokumentation Nr. 238; Kultusministerkonferenz, 2023) liegt der Einstellungsbedarf in Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2027 bis 2035 bei voraussichtlich insgesamt 5.410 Personen (ausgenommen sind hier die sonderpädagogischen Lehrämter sowie die Lehrkräfte für Fachpraxis); das verfügbare Angebot wird sich demgegenüber wohl nur auf rund 3.977 Lehrkräfte belaufen. Über alle Lehrämter hinweg ist demnach mit einer Deckungslücke von circa als 26 Prozent zu rechnen. Während die Lehrkräftedeckung in der Sekundarstufe II mit gerundet 128 Prozent voraussichtlich überproportional gelingt, gibt es das größte Defizit in der Sekundarstufe I, in der nur circa 29 Prozent des Bedarfs gedeckt werden kann.

Abbildung 1: Differenz Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot in Sachsen-Anhalt 2027 – 2035



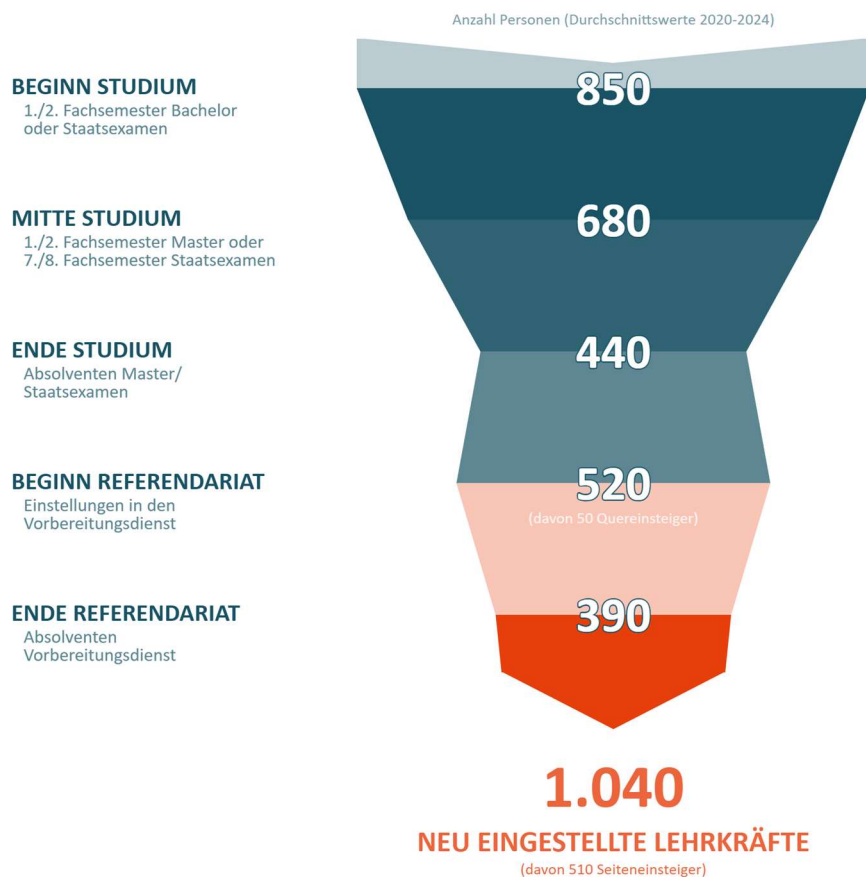
Ausreichend und gut ausgebildete Lehrkräfte sind *die* zentrale Voraussetzung für ein gelingendes Bildungssystem: Ohne qualifizierte Lehrkräfte kann die zukünftige Generation nicht hinreichend ausgebildet und auf eine Welt im Wandel vorbereitet werden. Schon jetzt zeigen zahlreiche Studien alarmierende Defizite bei Basiskompetenzen sowie bei Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Dieses Potenzial weiter zu verschenken, kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Und auch auf individueller Ebene reduzieren Bildungsdefizite die Möglichkeiten der Lebensgestaltung und -planung. Die Deckung des Lehrkräftebedarfs muss deshalb höchste bildungspolitische Priorität haben. Daher müssen kurz- und mittelfristig Maßnahmen umgesetzt werden, um mehr angehende Lehrkräfte zu gewinnen und/oder ihren Verbleib im Lehramt zu erhöhen. Wir betrachten deshalb nachfolgend diese Themenbereiche:

- (1) Schwund angehender Lehrkräfte
- (2) Regelungen zum Quer- und Seiteneinstieg
- (3) Einbezug von HAW in die Lehrkräftebildung
- (4) Ein-Fach-Studium und duales Lehramtsstudium

2.1.1 Schwund potenzieller Lehrkräfte

Der Lehrkräftetrichter verdeutlicht den Schwund potenzieller Lehrkräfte über alle Abschnitte der Lehrkräftebildung hinweg.

Abbildung 2: Lehrkräftetrichter für Sachsen-Anhalt



In den Jahren 2020 bis 2024 nahmen in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt 850 Studierende ein Lehramtsstudium auf¹. Positiv ist anzumerken, dass die Gesamtzahl der Lehramtsstudierenden zwar nur graduell, aber stetig angestiegen ist (Drucksache 20/9601; Deutscher Bundestag, 2023).² Die Kapazität in den lehrkräftebildenden Universitäten des Landes wurde auf 1.200 Studienplätze ausgeweitet.

Im selben Zeitraum beendeten im Durchschnitt nur 440 Studierende ihr Studium, was eine Schwundquote im Studium von fast 50 Prozent bedeutet. Hierzu zählen Personen, die das Studium wechseln (also vom Lehramt in ein anderes Fach), in ein anderes Bundesland gehen oder das Studium abbrechen.

Im Referendariat fangen wiederum etwas mehr Personen an: rund 520. Inkludiert sind hier rund 50 Personen, die einen Quereinstieg machen („Seiteneinstieg in den Vorbereitungsdienst“), also Personen, die ein gleichwertiges, aber nicht-lehramtsbezogenes Hochschulstudium absolviert haben und sich nach Abschluss des Studiums entscheiden, den Weg ins Lehramt zu gehen. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre beenden circa 390 Personen (75 Prozent) jährlich das Referendariat, wobei sich die Absolvierenden-Zahl des Vorbereitungsdienstes seit 2021 gesteigert hat, zuletzt im Jahr 2024 auf 488 Personen.

¹ Exkludiert sind hier 70 Personen, die jährlich innerhalb des Lehramtsstudiums wechselten (etwa von Lehramt an Gymnasien zu Lehramt an Realschulen), und zehn Studierende, die gleichzeitig noch an einer weiteren Hochschule immatrikuliert waren. Beide würden ansonsten doppelt gezählt (Stifterverband (2024). Lehrkräftetrichter für Sachsen-Anhalt. Abrufbar [hier.](#))

² Deutscher Bundestag. Drucksache 20/9601.11.06.2026. Abrufbar [hier.](#)

Der graduelle Anstieg an Erstsemesterstudierenden im Lehramt sowie ein Anstieg der Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes lassen positive Entwicklungen hinsichtlich der Attraktivität der Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt vermuten. Gleichwohl ist der Schwund im Ausbildungsweg hoch und Maßnahmen, die auf den Verbleib angehender Lehrkräfte in Studium und Vorbereitungsdienst einzahlen, sind dringend anzuraten.

Gleichzeitig setzt Sachsen-Anhalt auf die (zügige) Gewinnung zusätzlichen Lehrpersonals, insbesondere über Einstellungen im Quer- und Seiteneinstieg. Von den durchschnittlich rund 1.040 Neueinstellungen pro Jahr zwischen 2020 und 2024 sind mehr als 500 Personen Seiteneinsteigende (Tendenz steigend), die ohne Vorbereitungsdienst direkt aus einer anderen Berufstätigkeit heraus in den Lehrkräfte-Beruf wechseln.

2.1.2 Regelungen zum Quer- und Seiteneinstieg

Der Quer- und Seiteneinstieg spielt bei der Deckung des Lehrkräftebedarfs in Sachsen-Anhalt eine erhebliche Rolle; rund 50 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte sind Seiteneinsteigende. In Sachsen-Anhalt werden sowohl Quereinsteigende in den Vorbereitungsdienst als auch Seiteneinsteigende direkt in den Beruf als „Lehrkräfte im Seiteneinstieg“ bezeichnet.

Seit 2019 ist der Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst mit einem gleichwertigen Hochschulabschluss (und zwei ableitbaren Fächern) möglich, seit 2020 können Personen mit nur einem ableitbaren Unterrichtsfach quereinsteigen und erhalten die Möglichkeit, über sogenannte Zertifikatskurse an den Universitäten sich in einem zweiten Mangel-Fach nachzuqualifizieren, um damit die volle Lehramtsbefähigung zu erhalten. Rund 50 Personen machen im jährlichen Durchschnitt (2020 bis 2024) einen solchen Quereinstieg.

Darüber hinaus können Personen als Seiteneinsteigende direkt in den Beruf als Lehrkraft einsteigen. Auch Personen mit einem Bachelorabschluss und – je nach Schulform – bestimmte Personengruppen ohne Hochschulabschluss (Meisterinnen/ Meister, Erzieherinnen/ Erzieher) erhalten diese Möglichkeit. Seiteneinsteigende müssen einen rund 200 Stunden umfassenden berufsbegleitenden Qualifizierungskurs absolvieren (2-wöchiges Onboarding; im Anschluss ein Jahr lang ein Tag pro Woche am Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA)). Zusätzlich gibt es ergänzende Qualifizierungsangebote je nach Vor-Qualifikation, die an den Universitäten belegt werden können. Rund 500 Seiteneinsteigende werden pro Jahr in den Schuldienst in Sachsen-Anhalt eingestellt. Unter den Bestandslehrkräften liegt ihr prozentualer Anteil mittlerweile (im Schuljahr 2025/26) bei circa 17,5 Prozent (Pressemitteilung 53/2025; Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, 2025).

Um der Gefahr einer Deprofessionalisierung entgegenzuwirken, müssen Seiteneinsteigende so nachqualifiziert und in der Berufseingangsphase begleitet werden, dass sie qualitätsgesicherten Unterricht halten können. Ihnen müssen Fortbildungen und auch Berufs-/Karriereoptionen analog zu grundständig ausgebildeten Lehrkräften eröffnet werden, damit sie langfristig im Beruf verbleiben.

Im Wintersemester 2025/26 hat Sachsen-Anhalt an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU) einen dualen, praxisintegrierenden Quereinstiegs-Master für das Lehramt an Sekundarschulen eingeführt, der sich an Absolventinnen und Absolventen natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge richtet, darunter auch Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. In diesem Modell ist das Studium ab dem vierten Mastersemester mit dem Vorbereitungsdienst verzahnt und dauert insgesamt sechs Semester. Im Anschluss folgt ein sechsmonatiger Vorbereitungsdienst. Das Studienangebot fokussiert auf klassische MINT-Fächer und ermöglicht daher insbesondere Personen mit einem naturwissenschaftlichen Bachelor einen schnellen und strukturierten Wechsel ins Lehramtsstudium.

2.1.3 Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Lehrkräftebildung

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Lehrkräftemangels gewinnt die Öffnung und stärkere Durchlässigkeit der Lehrkräftebildung zunehmend an Bedeutung. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) können dabei insbesondere aufgrund ihrer anwendungs- und praxisorientierten Studienangebote Personengruppen erreichen, die durch die klassischen universitären Lehramtsstudiengänge bislang nur begrenzt angesprochen werden. Für das Lehramt an berufsbildenden Schulen empfiehlt der Stifterverband im [Masterplan Lehrkräftebildung neu gestalten](#) deshalb ausdrücklich, HAW als gleichberechtigte Partner der Universitäten in die Lehrkräftebildung einzubeziehen.

Der Einbezug der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in die Lehrkräftebildung Sachsen-Anhalts ist bisher gering und allenfalls am Rande vorhanden. Das Land setzt bei der grundständigen Lehrerausbildung weiterhin fast ausschließlich auf die beiden Universitäten in Halle (Martin-Luther-Universität) und Magdeburg (Otto-von-Guericke-Universität). Die im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und FDP für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 in Aussicht genommenen Kooperationen mit den HAW haben sich nicht materialisiert (Koalitionsvertrag (2021–2026); Hüskens et. al., 2021).

Ein ursprünglich von der Hochschule Anhalt vorgeschlagenes, duales Modell für ein Grundschullehramt – das sogenannte *Dessau-Roßlauer Modell*, wurde von der Landesregierung aufgrund gravierender fachlicher und struktureller Mängel, etwa der Nichterfüllung von KMK-Mindeststandards, abgelehnt. Der neue duale Quereinstiegsmaster für das Sekundarschullehramt (seit Wintersemester 2025/2026) ermöglicht allerdings HAW-Absolventinnen und Absolventen mit MINT- beziehungsweise ingenieurwissenschaftlicher Fachrichtung den Einstieg in einen Lehramtsstudium an der OVGU.

Eine punktuelle Ausnahme bildet das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Hier gibt es Bestrebungen, HAW zur Verbesserung der Auslastung und bedarfsgerechten Ausbildung einzubeziehen. Auch bestehen vereinzelte Kooperationen, etwa zwischen der Otto-von-Guericke-Universität und den Hochschulen Harz, Magdeburg-Stendal und Merseburg im Zusammenhang mit Bachelorstudiengängen, die den Übergang in einen Master für das berufsbildende Lehramt ermöglichen (Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, 2025)

Insgesamt bleibt die HAW-Einbindung in Sachsen-Anhalt ein Nischenthema. Hier wird mögliches Potenzial verschenkt, weitere Zielgruppen, gerade mit natur-/ingenieurwissenschaftlichem Interesse, für eine Tätigkeit als Lehrkraft zu gewinnen – auch noch zu einem späteren Zeitpunkt der Studienlaufbahn.

2.1.4 Ein-Fach-Studium und duales Lehramtsstudium

Angesichts des Lehrkräftemangels spricht sich der Stifterverband dafür aus, die Wege in den Lehrkräfteberuf zu flexibilisieren und durch zusätzliche Studienmodelle zu ergänzen. Besondere Potenziale sieht er in Ein-Fach-Studiengängen, die die Durchlässigkeit zwischen fachwissenschaftlichen und lehramtsbezogenen Studienwegen erhöhen und weitere Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf gewinnen können. Duale Studienmodelle ermöglichen eine frühzeitige und kontinuierliche Verbindung von wissenschaftlicher Ausbildung und schulischer Praxis. Im Masterplan wird daher empfohlen, rechtliche Freiräume für die Erprobung solcher Modellstudiengänge zu schaffen, diese wissenschaftlich zu evaluieren und erfolgreiche Ansätze anschließend zu verstetigen und auszuweiten

Ein Ansatz in Richtung Ein-Fach-Studium zeigt sich sowohl im Masterstudiengang „[Lehramt Musik](#)“ (in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik) als auch im Masterstudiengang „[Lehramt Kunst](#)“ (gemeinsam mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Der viersemestrige Studiengang schließt mit dem Master of Education ab. Der Studien-

gang berechtigt zum Zugang zum Vorbereitungsdienst und eröffnet eine Perspektive für das Ein-Fach-Lehramt Musik beziehungsweise Kunst an Sekundarschulen und Gymnasien. Eine Ausweitung auch auf andere (Mangel-)Fächer scheint hingegen nicht geplant zu sein. (OTTO von Guericke Universität Magdeburg, 2026).

Ein **duales Lehramtsstudium für das Lehramt an Sekundarschulen** wird seit dem Wintersemester 2024/25 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit 30 Studienplätzen angeboten. Jeweils 15 Plätze entfallen auf das Erstfach Deutsch (in Kombination mit Chemie, Technik, Informatik oder Ethik) und auf das Erstfach Mathematik (in Kombination mit Chemie, Physik, Informatik oder Ethik). Ab dem dritten Semester verbringen die Studierenden regelmäßig einen Tag pro Woche an einer Sekundar- oder Gemeinschaftsschule. An das Bachelorstudium schließt sich ein praxisintegrierendes Masterstudium an, das mit dem Vorbereitungsdienst verzahnt ist. In dieser Phase erhöht sich der schulische Praxisanteil auf zwei Tage pro Woche. Die Gesamtausbildung ist auf 5,5 Jahre angelegt (Otto von Guericke Universität Magdeburg, 2026). Mit diesem Modellprojekt greift Sachsen-Anhalt einen von der KMK vorgeschlagenen Weg zur Flexibilisierung des Lehramtsstudiums und Gewinnung zusätzlicher Zielgruppen auf. Mit 30 Studienplätzen pro Semester stellt er allerdings eine Nische da und kann nur einen kleinen Beitrag zur Lehrkräfteversorgung leisten. Bei Bewährung sollte dieses Studienmodell weiter ausgerollt werden.

2.1.5 Zusammenfassung und Handlungsoptionen

Die Analyse zeigt, dass Sachsen-Anhalt trotz sinkender Schülerzahlen langfristig mit einem erheblichen Lehrkräftemangel konfrontiert bleibt. Gleichzeitig gehen entlang der Lehrkräftebildung viele potenzielle Lehrkräfte verloren. Schon jetzt ist das Land stark auf Quer- und Seiteneinstiege angewiesen.

Handlungsoptionen

- Maßnahmen zur Reduzierung des Schwunds im Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst priorisieren
- Quer- und Seiteneinstiege qualitativ absichern, insbesondere durch systematische Nachqualifizierung, Begleitung und bessere Karriereperspektiven
- Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) stärker in die Lehrkräftebildung einbeziehen, insbesondere für berufliche Fachrichtungen
- Flexible Ausbildungswege ausbauen, etwa duale und Ein-Fach-Lehramtsstudiengänge, und erfolgreiche Modellprojekte verstetigen.

2.2 Schulische und außerschulische Potenzialförderung in Sachsen-Anhalt

Immer schneller voranschreitende globale, gesellschaftliche und technische Veränderungen erfordern neue Kompetenzen. Diese Entwicklungen treffen uns alle – und insbesondere Jugendliche, denen sich in der Phase der (beruflichen) Orientierung und der persönlichen Entwicklung entsprechende Herausforderungen ganz besonders stellen. Sie sind gefordert, sich in einer immer komplexeren Welt zurechtzufinden und Kompetenzen zu entwickeln, die sie in einer vielfach noch unklaren Zukunft handlungsfähig machen. Allerdings zeigen aktuelle Studien (IQB-Bildungstrend, 2024; Schulbarometer, 2025) sinkende Kompetenzen in Mathematik und den Naturwissenschaften, geringes schulisches Wohlbefinden und damit sinkende Lernbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen.

Schule ist ein zentraler, herausgehobener Bildungsort, weil sie als einzige Institution alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Sie kann – und muss – die große Aufgabe, jedem Kind individuell den entsprechenden Kompetenzerwerb zu ermöglichen, jedoch nicht allein erfüllen. Bereits heute stellen auch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und weitere Akteure aus dem Sozialraum der Schule vielfältige außerschulische Bildungsangebote bereit. Dazu gehören Schülerwettbewerbe, Sommerakademien, Lernlabore, Unterstützungsinitiativen zum Lesen, Rechnen und Schreiben, fachliches und soziales Mentoring, Prüfungsvorbereitungen oder Berufsorientierungsangebote. Bislang hängt die Zusammenarbeit jedoch häufig vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab und ist nur selten institutionell verankert. Um Kompetenzdefizite abzubauen, Bildungspotenziale besser zu fördern und das Leistungsniveau nachhaltig zu steigern, braucht es systematisch verankerte Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren. Die Zielsetzung der *Allianz für Schule Plus* besteht daher darin, tragfähige Rahmenbedingungen für Kooperationen von Schulen und außerschulischen Akteuren an allen Schulformen zu erarbeiten.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen untersucht das folgende Kapitel zentrale Voraussetzungen und Indikatoren der individuellen Kompetenzförderung in Sachsen-Anhalt. Wir betrachten deshalb nachfolgend diese Themenbereiche:

- (1) Ergebnisse im IQB-Bildungstrend
- (2) Stand der Kooperationen
- (3) Rechtliche Rahmenbedingungen von Kooperationen

2.2.1 Ergebnisse im IQB-Bildungstrend

Der IQB-Bildungstrend 2024 weist bundesweit einen deutlichen Rückgang der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Jugendlichen in der neunten Klasse aus. In nahezu allen getesteten Bereichen liegen die Leistungen unter den Ergebnissen der Erhebungen von 2018 und 2012. Besonders alarmierend ist, dass bundesweit 34 Prozent der Jugendlichen die Mindeststandards in Mathematik für den Mittleren Schulabschluss nicht erreichen.

Sachsen-Anhalt ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Im Fach Mathematik erreichen lediglich 36,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler den Regelstandard für den Mittleren Schulabschluss und liegen damit unter dem Bundesdurchschnitt von 41,9 Prozent. Zudem sank das mittlere Kompetenzniveau zwischen 2018 und 2024 um 42 Punkte und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (minus 24 Punkte). Auch in den Naturwissenschaften steigt der Anteil der Jugendlichen, die die Mindeststandards verfehlen. Die Ergebnisse verdeutlichen einen erheblichen Handlungsbedarf zur Stärkung der MINT-Bildung.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, mit welchen Maßnahmen die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen nachhaltig gestärkt werden können. Die Metastudie [„Wie gelingt guter MINT-Unterricht?“](#) des Stifterverbandes und des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) zeigt, dass schulisch-außerschulische Kooperationen hierzu einen wichtigen Beitrag leisten können. Praxisnahe Lernangebote von Hochschulen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ergänzen den Unterricht durch authentische Lerngelegenheiten und fördern insbesondere for-

schend-entdeckendes sowie projektorientiertes Lernen. Dadurch werden fachliche und überfachliche Kompetenzen, Lernmotivation und Selbstwirksamkeit gestärkt. Voraussetzung für eine nachhaltige Wirkung ist jedoch eine enge Verzahnung mit dem schulischen Unterricht.

Schulisch-außerschulische Kooperationen ermöglichen zudem eine gezielte Förderung unterschiedlicher Leistungsniveaus und können insbesondere benachteiligte Schülerinnen und Schüler sowie Mädchen besser erreichen. Sie stellen damit einen evidenzbasierten Baustein zur Weiterentwicklung der MINT-Bildung dar. Für Sachsen-Anhalt ergibt sich daraus die Frage, in welchem Umfang entsprechende Kooperationen bereits etabliert sind und welche strukturellen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen ihre Umsetzung unterstützen. Dies wird in den folgenden Kapiteln untersucht.

2.2.2 Stand der Kooperationen in Sachsen-Anhalt

Ergebnisse Bildungsbericht Sachsen-Anhalt

Betrachtet man die vom Land Sachsen-Anhalt explizit benannten und unterstützten außerschulischen Programme, zeigt sich eine klare Schwerpunktsetzung auf Demokratiebildung, Berufsorientierung, kulturelle Bildung, Sport, Gesundheit und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Gleichzeitig bleiben zentrale fachliche und überfachliche Kompetenzfelder unterrepräsentiert. Zwar werden MINT-Wettbewerbe unterstützt, eine landesweite Strategie zur Förderung von MINT-Kooperationen oder außerschulischen MINT-Lernorten ist jedoch nicht erkennbar. Ebenso werden Programme zur Sprach- und Leseförderung, zur Stärkung mathematischer Grundkompetenzen sowie zu digitalen Kompetenzen und Medienbildung nicht explizit genannt. Auch die gezielte Förderung überfachlicher und sozial-emotionaler Kompetenzen wird durch die bestehenden Programme nur begrenzt sichtbar.

Der Bildungsbericht hebt hervor, dass die Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Partnern ein erhebliches Potenzial für die Schul- und Unterrichtsentwicklung bietet. Erfolgreiche Schulen zeichnen sich demnach dadurch aus, dass sie Kooperationen langfristig und systematisch in ihre Schulentwicklungsprozesse integrieren. Entsprechend empfiehlt der Bericht eine stärkere Öffnung der Schulen für praxisnahe Lernangebote und Kooperationen mit Unternehmen, eine engere Verzahnung schulischer und außerschulischer Förderung, insbesondere zur Unterstützung individueller Lernbedarfe, die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Hochschulen, Wirtschaft und Jugendhilfe sowie den Ausbau regionaler Bildungsnetzwerke und der kommunalen Schulentwicklung. Darüber hinaus spricht sich der Bildungsbericht für größere Gestaltungsspielräume und flexiblere Budgets aus, um die Eigenständigkeit der Schulen zu stärken. Damit werden wichtige strukturelle Rahmenbedingungen für den Ausbau außerschulischer Kooperationen benannt.

Offen bleibt jedoch, mit welchen konkreten Maßnahmen Schulen künftig dabei unterstützt werden sollen, Kooperationen systematisch aufzubauen, qualitativ weiterzuentwickeln und nachhaltig in Unterricht und Schulentwicklung zu verankern.

Stand Ausbau des Ganztags - GaFöG-Bericht

Laut dem GaFöG-Bericht werden in Sachsen-Anhalt 77 Prozent der Kinder im Grundschulalter in Ganztagsangeboten an Schulen oder Tageseinrichtungen betreut. Damit liegt das Land bundesweit auf Rang sieben und verfügt bereits über einen vergleichsweise hohen Ausbaustand. Entsprechend verfolgt Sachsen-Anhalt das Ziel, den Ganztag vor allem qualitativ weiterzuentwickeln.

Um diese zu unterstützen, stehen den Schulen Budgets für Arbeitsgemeinschaften, Lern- und Förderangebote sowie Projekte mit außerschulischen Partnern zur Verfügung. Darüber hinaus berät die Serviceagentur Ganztag Sachsen-Anhalt Schulen und stellt eine landesweite Kooperationspartnerdatenbank bereit. Der hohe Anteil ganztätig betreuter Kinder erhöht den Bedarf an qualitativ hochwertigen außerschulischen Bildungsangeboten. Mit dem weiteren Ausbau des Ganztags wird die Bedeutung verlässlicher und nachhaltiger Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern voraussichtlich weiter zunehmen.

Vor diesem Hintergrund wäre eine landesweite Strategie nötig, die den qualitativen Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen unterstützt und Schulen beim Aufbau sowie der nachhaltigen Verankerung

entsprechender Kooperationen begleitet. Aus den bislang veröffentlichten Berichten und verfügbaren Informationen lässt sich jedoch keine solche strategische Gesamtsteuerung erkennen.

Sachsen-Anhalt hat den quantitativen Ausbau der Ganztagsbetreuung weitgehend erreicht. Die zentrale Herausforderung besteht nun darin, die Qualität der Angebote zu sichern. Außerschulische Kooperationen sind hierfür ein wesentliches Instrument. Zwar existieren bereits Förderinstrumente und Unterstützungsstrukturen, aus den vorliegenden Berichten wird jedoch keine übergreifende Strategie zur systematischen Entwicklung und Verstetigung dieser Kooperationen erkennbar.

Beteiligung des Bundeslandes an Wettbewerben und Akademien

Die Beteiligung von Schulen an bundesweiten Akademien und Wettbewerben kann als Indikator für den Stand schulisch-außerschulischer Kooperationen betrachtet werden. Die Teilnahme setzt voraus, dass Schulen entsprechende Angebote kennen, Schülerinnen und Schüler gezielt ansprechen und mit außerschulischen Trägern zusammenarbeiten. Beispielhaft werden im Folgenden die vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geförderten und von der Kultusministerkonferenz unterstützten Programme von „Bildung & Begabung“ betrachtet.

Die Forschung bewertet Enrichment-Programme wie Schülerakademien und Wettbewerbe als wirksame Ergänzung des schulischen Unterrichts. Sie fördern fachliche und überfachliche Kompetenzen, selbstständiges Lernen, Lernmotivation, Selbstwirksamkeit und Interesse an Wissenschaft sowie die Persönlichkeitsentwicklung (AG bundesweiter Schülerwettbewerbe; Hertel, 2015; Rietz, 2014). Auch der Bildungsbericht Sachsen-Anhalt 2025 hebt die Bedeutung solcher Enrichment-Angebote für die Begabungs- und Persönlichkeitsentwicklung hervor.

Die Teilnahmezahlen zeigen jedoch, dass dieses Potenzial in Sachsen-Anhalt bislang nur eingeschränkt genutzt wird.

- Nur 8,1 Prozent der angeschriebenen Schulen haben ihre Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme am Bundeswettbewerb Mathematik eingeladen. Damit liegt das Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 17,6 Prozent. Dies spiegelt sich auch in den insgesamt sehr niedrigen Teilnehmereinzahlen wider.
- Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Mathematik-Olympiade, an der im Vergleich zu anderen Bundesländern ebenfalls nur wenige Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt teilnehmen. Dies ist besonders auffällig, da die Mathematik-Olympiade eine lange Tradition in den östlichen Bundesländern hat.
- Auch bei den bundesweiten Sprachwettbewerben SOLO, SOLO Plus und TEAM Schule liegt Sachsen-Anhalt im Vergleich der Bundesländer bei den Teilnahmezahlen überwiegend nur im unteren Mittelfeld.
- Nur 3 Prozent der angeschriebenen Schulen in Sachsen-Anhalt haben Schülerinnen und Schüler für die Deutsche SchülerAkademie empfohlen. Das ist der schlechteste Wert im bundesweiten Vergleich.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Potenziale von (bundesweiten) Enrichment-Programmen in Sachsen-Anhalt bislang nicht ausgeschöpft werden. Eine stärkere Beteiligung könnte sowohl die individuelle Förderung als auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungspartnern nachhaltig stärken.

2.2.3 Rechtliche Rahmenbedingungen von Kooperationen

Im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) ist die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Partnern im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern eher zurückhaltend gesetzlich verankert. Gleichwohl haben entsprechende Regelungen eine wichtige Signalwirkung, da sie die bildungspolitische Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen unterstreichen und deren Umsetzung durch Schulaufsicht, Schulträger und Schulen unterstützen können.

Ein eigener Paragraph zu schulisch-außerschulischen Kooperationen existiert zwar nicht, die Öffnung von Schule gegenüber ihrem gesellschaftlichen Umfeld ist jedoch ausdrücklich im Schulgesetz verankert. So arbeiten Schulen im Rahmen ihrer Aufgaben mit Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie weiteren Einrichtungen zusammen, deren Tätigkeit die Lebenssituation junger Menschen wesentlich beeinflusst. Dazu zählen unter anderem Einrichtungen der Familienbildung, Träger der beruflichen Fort- und Weiterbildung, Musikschulen, Volkshochschulen sowie Sport- und andere Vereine. Zudem können Schulen im Einvernehmen mit dem Schulträger Kooperationsvereinbarungen abschließen; auf Wunsch der Schulen können Schulträger hierfür Räume und technische Ausstattung bereitstellen (SchulG LSA § 1 Abs. 4a).

Ergänzt werden diese gesetzlichen Vorgaben durch verschiedene Verwaltungsvorschriften, die die Zusammenarbeit mit einzelnen Partnern konkretisieren, beispielsweise mit der Berufsberatung oder der Polizei. Von besonderer Bedeutung ist der Runderlass „Außerunterrichtliche schulische Projekte sowie ergänzender Einsatz von Experten im Unterricht in Eigenverantwortung der Schulen“. Er ermöglicht öffentlichen Schulen, im Rahmen ihres Schulprogramms eigenverantwortlich außerunterrichtliche Projekte mit Kooperationspartnern sowie zeitlich begrenzte Experteneinsätze im Unterricht durchzuführen und hierfür ein landesfinanziertes Schulbudget zu nutzen. Zugleich regelt der Erlass die finanziellen Rahmenbedingungen, den Abschluss von Vereinbarungen, Dokumentationspflichten sowie die Abwicklung über das Landesverwaltungsamt.

Sachsen-Anhalt verfügt also bereits über rechtliche Grundlagen und Förderinstrumente für schulisch-außerschulische Kooperationen. Die gesetzliche Verankerung bleibt jedoch im Ländervergleich gering und erfolgt überwiegend über allgemeine Öffnungsklauseln sowie Verwaltungsvorschriften. Kooperationen werden rechtlich ermöglicht, ihre strategische Bedeutung wird jedoch bislang nur begrenzt im Schulgesetz selbst sichtbar.

2.2.4 Zusammenfassung und Handlungsoptionen

Die Analyse zeigt einen erheblichen Handlungsbedarf in Sachsen-Anhalt. Zwar bestehen im Land bereits rechtliche Grundlagen, Förderinstrumente und Unterstützungsangebote für Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Akteuren, insgesamt fehlt jedoch eine landesweite Strategie, die diese systematisch steuert und weiterentwickelt.

Handlungsoptionen

- **Landesweite Strategie entwickeln:** Eine ressortübergreifende Strategie zum Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen sollte Ziele, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen definieren.
- **Ganztag als Entwicklungsraum nutzen:** Der hohe Ausbaustand des Ganztags sollte genutzt werden, um qualitativ hochwertige außerschulische Bildungsangebote stärker in den Schulalltag zu integrieren und individuelle Förderung auszubauen.
- **Teilnahme an Enrichment-Programmen erhöhen:** Schulen sollten gezielt dabei unterstützt werden, Schülerinnen und Schüler für außerschulische Förderprojekte zu gewinnen, beispielsweise durch Information, Vernetzung und koordinierende Ansprechpersonen.
- **Rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickeln:** Die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen könnte durch eine stärkere gesetzliche Verankerung und die Bündelung bestehender Regelungen sichtbarer und verbindlicher gemacht werden.

3. ANALYSE DER WAHLPROGRAMME

3.1 CDU

Lehrkräftebildung

Im Wahlprogramm der CDU finden sich zu den vom Stifterverband adressierten Hebeln für eine Öffnung und Flexibilisierung des Lehramtes wenig Hinweise. Das „duale Studium für das Lehramt an Sekundarschulen“ (CDU-Wahlprogramm, S.23) soll zwar fortgeführt und möglichst zum Standard ausgebaut werden, was ein sinnvoller Ansatz erscheint. Überlegungen, auch Lehrkräfte mit einem Unterrichtsfach einzusetzen oder die HAW in die Lehramtsausbildung von Berufsschullehrkräften einzubeziehen, um so neue Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf zu gewinnen, gibt es offenbar nicht. Für Seiteneinsteigende möchte die CDU jedoch „echte Chancen und dauerhafte Perspektiven im Schuldienst“ eröffnen (CDU-Wahlprogramm, S.23). Dies ist begrüßenswert; gleichwohl braucht es zielgruppenspezifische und dauerhaft angelegte Re-Qualifizierungswege für Seiteneinsteigende, die sie adäquat auf die Berufsrolle als Lehrkraft vorbereiten. Wie genau mehr Personen für das Lehramtsstudium gewonnen und vor allem auch im Studium gehalten werden, wird nicht ausgeführt – lediglich, dass die Universitäten stärker in die Verantwortung für den Bildungserfolg und die Nachwuchssicherung an den Schulen genommen werden sollen. Damit greift die CDU einige relevante Ansätze auf, lässt jedoch insbesondere bei der Gewinnung zusätzlicher Zielgruppen und der Verringerung des Schwunds im Lehramtsstudium zentrale Fragen offen.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Die CDU setzt im Bereich der beruflichen Orientierung wichtige Impulse für den Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen. Besonders das 4+1-Modell für Oberschulen und Gesamtschulen³ schafft durch flexiblere Stundenpläne verbindliche Zeitfenster für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und weiteren außerschulischen Partnern. Die Weiterentwicklung von Oberschulen zu „Schulen der Praxis“ mit zertifizierten Berufsorientierungsprogrammen und einem systematischen Monitoring stärkt die Kooperation mit außerschulischen Partnern und fördert deren nachhaltige Verankerung. Auch die Förderung innovativer Schulmodelle wie Campusschulen sowie der Ausbau von Nachmittagsangeboten eröffnen neue Möglichkeiten, Bildungsangebote aus dem Sozialraum stärker mit Schule zu verzahnen. Darüber hinaus kann die geplante Überprüfung der Lehrpläne hinsichtlich ihrer Praxis- und Zukunftsrelevanz dazu beitragen, außerschulische Expertise stärker in Unterricht, Schulentwicklung sowie die Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen einzubinden.

Insgesamt beschränkt sich das Wahlprogramm jedoch weitgehend auf die Berufsorientierung und bleibt damit hinter den vielfältigen Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Außerschulische Bildungsakteure können ebenso zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen beitragen. Es fehlt eine Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen, um ihr Potenzial für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sowie für mehr Bildungsgerechtigkeit umfassend zu nutzen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend wäre insbesondere eine Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich. Enrichment-Programme mit wissenschaftlich nachgewiesener Wirksamkeit werden nicht erwähnt, sodass ihr Beitrag zur individuellen Förderung ungenutzt bleibt.

³ Das „4+1“-Modell sieht vier Tage Präsenzunterricht und einen selbstorganisierten Tag (z. B. digitales Lernen oder Praktika) vor.

3.2 SPD

Lehrkräftebildung

Die SPD stellt mit Armin Willingmann seit 2016 den Wissenschaftsminister. In seine Amtszeit fallen verschiedene begrüßenswerte Maßnahmen zur Öffnung und Flexibilisierung der Lehrkräftebildung wie die Einrichtung eines dualen Studiengangs und eines dualen Quereinstiegsmasters für Sekundarschulen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, sowie die Ausweitung der Kapazität der Studienplätze für das Lehramtsstudium auf 1.200 Studienplätze (siehe Ausgangssituation, Kapitel 2). In ihrem Wahlprogramm betont die SPD, an diesen Punkten festzuhalten: Das duale Studium sowie Praxisanteile sollen (weiter) ausgebaut werden, wie konkret bleibt allerdings offen. Darüber hinaus setzt sie auf multiprofessionelle Teams und eine Stärkung der Schulsozialarbeit zur Entlastung der Lehrkräfte (vgl. SPD-Wahlprogramm, S.18). Nur wenige Hinweise finden sich zur Weiterentwicklung des Seiteneinstiegs und keine Hinweise zur Einbeziehung der HAW oder der Einführung des Ein-Fach-Lehramtes. Damit lässt die SPD-Potenziale zur Erschließung weiterer Zielgruppen ungenutzt. Auch wie sie dem Schwund im Lehramtsstudium wirksam entgegenwirken möchte, bleibt offen.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Die SPD setzt im Bereich der beruflichen Orientierung wichtige Impulse für den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben und von Programmen zur Berufsorientierung. Insgesamt beschränkt sich das Wahlprogramm jedoch auf die Berufsorientierung und bleibt damit hinter den vielfältigen Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Außerschulische Bildungsakteure können ebenso zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen beitragen. Die SPD formuliert Bildungspolitik zwar als gemeinsame Aufgabe von Lehrkräften, pädagogischem Personal, Eltern, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft. Es fehlt allerdings eine Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen, um ihr Potenzial für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sowie für mehr Bildungsgerechtigkeit umfassend zu nutzen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend wäre insbesondere eine Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich.

Enrichment-Programme mit wissenschaftlich nachgewiesener Wirksamkeit werden nicht erwähnt, sodass ihr Beitrag zur individuellen Förderung ungenutzt bleibt. Positiv hervorzuheben sind die Stärkung der Horte, der Ausbau von Ganztagschulen sowie die Förderung multiprofessioneller Teams. Dadurch verbessern sich die Voraussetzungen, außerschulische Bildungsangebote nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren und die individuelle Förderung zu stärken. Mehr pädagogische Gestaltungsspielräume, eigene Budgets und das geplante Bildungsmonitoring schaffen zudem gute Rahmenbedingungen, um schulisch-außerschulische Kooperationen bedarfsgerecht auszubauen.

3.3 FDP

Lehrkräftebildung

Die FDP ist die einzige Partei, die auch auf eine Zusammenarbeit mit HAW zur Erschließung neuer Zielgruppen für den Lehrerberuf setzt (FDP-Wahlprogramm, S.33). Wie sie eine solche Zusammenarbeit ausgestalten will, bleibt allerdings offen. Sie will gezielt auch Personen mit beruflichen Vorerfahrungen an „lehrerbildenden Einrichtungen“ zulassen – ob sie damit Universitäten oder das Landesinstitut meint, ob es sich um den Seiteneinstieg oder einen Quereinstieg ins Studium handeln soll, bleibt ebenfalls offen. Für Seiteneinsteigende fordert sie ein verbindliches, 1,5-jähriges Qualifizierungsprogramm unter Einbindung der Hochschulen (FDP-Wahlprogramm, S. 33). Auf den Quereinstieg an Universitäten oder das duale Studium geht die FDP nicht ein, genauso wenig auf das Thema Ein-Fach-Lehrkräfte. Zur Entlastung der Lehrkräfte möchte

sie „unterrichtsfremde Aufgaben“ auf andere Professionen verteilen (FDP-Wahlprogramm, S.24). Praxisanteile im Studium sollen auf das Referendariat angerechnet werden können, was zu einer Entlastung der Studierenden beitragen würde (FDP-Wahlprogramm, S.33). Damit greift die FDP zwar einige relevante Hebel zur Erschließung neuer Zielgruppen auf, bleibt in ihrem Wahlprogramm damit aber insgesamt vage.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Die FDP setzt wichtige Akzente durch die Förderung außerschulischer MINT-Lernorte, regelmäßige Unternehmensbesuche ab Klasse 7 zur Berufsorientierung sowie die stärkere Einbindung von Sport-, Musik- und Kulturangeboten in den Ganztags. Positiv hervorzuheben sind außerdem der Aufbau einer landesweiten Angebotsplattform für Lehrkräfte und die Förderung einer datengestützten Bildungssteuerung, die den bedarfsgerechten Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen unterstützen können.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Beiträge außerschulischer Bildungsakteure zur Förderung von Basiskompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen werden kaum berücksichtigt. Zudem fehlen eine Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen sowie, trotz der positiven MINT-Ansätze, eine umfassende Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote angesichts der Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend. Auch Enrichment-Programme mit wissenschaftlich nachgewiesener Wirksamkeit werden nicht erwähnt.

3.4 AfD

Lehrkräftebildung

Das Wahlprogramm der AfD zeigt keine innovativen Ansätze zur Öffnung und Flexibilisierung des Lehramtes im Sinne der genannten Hebel des Stifterverbandes. Weder die Einrichtung/Ausweitung von Quereinstiegsprogrammen noch von Ein-Fach-Lehrkräften noch die Ausweitung/Fortführung des Dualen-Studiums werden im Wahlprogramm genannt. Auch der Einbezug von HAW in die Lehrkräfteausbildung wird nicht erwähnt. Als Reaktion auf den akuten Lehrkräftemangel schlägt die AfD lediglich vor, pensionierte Lehrkräfte für einen Wiedereinstieg stärker anzuwerben, sowie den Beruf dadurch attraktiver zu machen, dass Lehrkräfte sich wieder auf die Kernaufgabe des Unterrichts fokussieren sollen. Mit welchen politischen Maßnahmen darauf hingearbeitet werden soll, bleibt jedoch offen. Zusätzliches Personal soll durch gezielte Anwerbungen von Lehrkräften aus anderen Bundesländern gewonnen werden (vgl. AfD-Wahlprogramm, Kap IV., Nr. 22, 23), was allerdings nicht realistisch ist: Zum einen gibt es in nahezu allen Bundesländern, insbesondere in der Sekundarstufe I, eine Unterversorgung mit qualifizierten Lehrkräften. Zum anderen hat die Kultusministerkonferenz Leitlinien zur Deckung des Lehrkräftebedarfs (KMK, 2009) beschlossen, dass Werbemaßnahmen in anderen Bundesländern nur im jeweiligen Einverständnis mit diesen durchgeführt werden. Eine Antwort darauf, wie die Ausbildung durch Studium und Referendariat im eigenen Bundesland verbessert werden soll und der Schwund im Studium reduziert werden kann, lässt das Wahlprogramm weitgehend offen beziehungsweise plädiert nur sehr vage für die Gründung einer Pädagogischen Hochschule für das Grundschul- und Sekundarschullehramt (AfD-Wahlprogramm, Kap IV, Nr. 25). Für die zentrale bildungspolitische Aufgabe, eine qualitätsvolle Unterrichtsversorgung mit gut qualifizierten Lehrkräften zu gewährleisten, liefert die AfD in ihrem Wahlprogramm keine Antworten.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Wie beschrieben bildet Schule den herausgehobenen Bildungsort, der als einziger alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Nur hier kann sichergestellt werden, dass in Kooperation mit anderen Bildungsakteuren jede und jeder individuell angemessen gefördert wird. Mit der, laut Wahlprogramm, angestrebten Abschaffung der Schulpflicht stellt die AfD diese Grundlage infrage. Die Förderung der Kinder und Jugendlichen würde damit nicht mehr in den professionellen Händen der Lehrkräfte liegen, die gezielt zusätzliche Angebote von außerschulischen Akteuren einbinden können, sondern in den Händen der Eltern. Herkunftsbedingte Bildungsunterschiede würden so weiter verstärkt.

Das Wahlprogramm der AfD beschränkt schulisch-außerschulische Kooperationen weitgehend auf die Berufsorientierung sowie vereinzelt auf forst- und landwirtschaftliche Bildung. Im Bereich der Demokratiebildung sieht es hingegen einen deutlichen Rückbau bestehender Kooperationen vor. So fordert die AfD, die Zusammenarbeit mit „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu beenden und die Landeszentrale für politische Bildung aufzulösen. Damit würden wichtige und bewährte Angebote außerschulischer Bildungsförderung entfallen, etwa die Unterstützung von Besuchen außerschulischer Lernorte wie Gedenkstätten, und die Möglichkeiten schulisch-außerschulischer Kooperationen im Bereich der Demokratiebildung erheblich einschränkt. Begründet werden sie im Wahlprogramm unter anderem mit falschen oder nicht belegten Behauptungen, es gebe „echten Rassismus kaum noch“ und Programme wie „Schule ohne Rassismus“ richteten sich gegen „legitime rechte und patriotische Einstellungen“, wodurch Schülerinnen und Schüler unter Druck gesetzt würden, sich einer „Vorherrschaft linker Ideen“ zu beugen (AfD-Wahlprogramm, S. 76). Diese Argumentation knüpft an zentrale Narrative der AfD an und verdeutlicht ihre rechtsextreme Positionierung.

Die Potenziale außerschulischer Bildungsangebote für Basiskompetenzen, MINT sowie sozial-emotionale und weitere überfachliche Kompetenzen bleiben unberücksichtigt. Schülerwettbewerbe werden zwar positiv bewertet, ihr Mehrwert jedoch auf Leistungsorientierung reduziert. Konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der in Sachsen-Anhalt bislang niedrigen Teilnahme fehlen. Insgesamt fehlt eine Strategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend wäre eine gezielte Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich. Da der Ganzttag im Wahlprogramm keine Berücksichtigung findet, bleibt ein zentraler Entwicklungsraum für die systematische Einbindung außerschulischer Bildungsangebote und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ungenutzt.

3.5 DIE LINKE

Lehrkräftebildung

DIE LINKE will dem Lehrkräftemangel mit einem Bündel von Maßnahmen begegnen: Neben Lehrkräften sollen verstärkt pädagogische Fachkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter eingestellt werden. Studienplätze für das Lehramt an den Universitäten sollen ausgebaut (aktuell werden die vorhandenen Kapazitäten allerdings nicht ausgeschöpft) und die Studiendauer verkürzt werden. DIE LINKE will die Studienstruktur gänzlich verändern und plädiert (genauso wie die GRÜNEN) für die Ablösung des schulformbezogenen Lehramtes durch ein Stufenlehramt mit zwei Lehramtslaufbahnen (Primarstufe inkl. Sonderpädagogik sowie Sekundarstufe I und II), um den späteren Einsatz der Lehrkräfte effizienter zu gestalten (DIE LINKE-Wahlprogramm, S.33 und 34). Die Ausbildung soll durch Praxissemester und Schulkooperationen praxisorientierter ausgerichtet werden; auch duale Studiengänge sollen das Studienangebot in Mangelfächern ergänzen (DIE LINKE-Wahlprogramm, S.34). Ansätze wie Ein-Fach-Lehrämter oder der Einbezug von HAW für die Ausbildung von Berufsschullehrkräften werden hingegen nicht in Betracht gezogen. Explizit adressiert werden Seiteneinsteigende: Diese sollen adäquat ausgebildet und auf Dauer nicht schlechter gestellt/bezahlt werden als grundständig ausgebildete Lehrkräfte (DIE LINKE-Wahlprogramm, S.34). Auch der Schwund im Lehramt wird nicht thematisiert.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Insgesamt werden schulisch-außerschulische Kooperationen im Wahlprogramm von DIE LINKE nicht explizit adressiert. Damit bleiben die Potenziale zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, beruflicher Orientierung, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen ungenutzt. Es fehlt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen, um ihr Potenzial für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sowie für mehr Bildungsgerechtigkeit umfassend zu nutzen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend wäre insbesondere eine Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich. Enrichment-Programme mit wissenschaftlich nachgewiesener Wirksamkeit werden nicht erwähnt, sodass ihr Beitrag zur individuellen Förderung ungenutzt bleibt. Positiv bleibt zu erwähnen, dass die Schaffung der personellen und finanziellen Voraussetzungen für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen, neue Möglichkeiten eröffnet, Bildungsangebote stärker mit Schule zu verzahnen und deren Nachfrage erhöht. Dies kommt der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern zugute. Auch die Förderung multiprofessioneller Teams schafft gute Voraussetzungen dafür, dass außerschulische Bildungsakteure in Schulen auf ein kollaboratives Arbeitsumfeld treffen und ihre Angebote und Expertise wirksam einbringen können.

3.6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lehrkräftebildung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die sich für die Einführung des Ein-Fach-Lehramts als eine Maßnahme zur Flexibilisierung und Öffnung des Lehramtes für weitere Zielgruppen einsetzen. Darüber hinaus plädieren sie, genauso wie DIE LINKE, für die Einführung des Stufenlehramtes (einheitliches Lehramt für weiterführende Schulen sowie Primarstufenlehramt inkl. inklusives Lernen), um flexibler auf die Bedürfnisse der Schulen reagieren zu können. Für Seiteneinsteigende fordern sie eine qualifizierte berufsbegleitende Ausbildung sowie Gehaltsangleichungen. Das duale Studium bezeichnen sie als „Erfolgsmodell“ und möchten es an beiden lehramtsbildenden Universitäten ausbauen (vgl. DIE GRÜNEN-Wahlprogramm, S. 55-57). Damit machen sie weitreichende Vorschläge zur Veränderung der Studienstrukturen für das Lehramt. Keine Hinweise finden sich hingegen zur Einbeziehung von HAW für Berufsschullehrkräfte. Auch die Schwundquoten im Lehramtsstudium werden nicht adressiert.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Die GRÜNEN setzen wichtige Impulse für schulisch-außerschulische Kooperationen, insbesondere durch die stärkere Vernetzung von Schulen mit Betrieben, Jobcentern und Jugendhilfe für die berufliche Orientierung sowie die Integration kultureller und sportlicher Bildungsangebote in den Ganztag. Positiv hervorzuheben sind zudem die geplante bessere Finanzierung außerschulischer Akteure für Schulk Kooperationen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, der Ausbau von Ganztagsschulen, die Förderung multiprofessioneller Teams sowie mehr Eigenverantwortung für Schulen. Dadurch verbessern sich die Voraussetzungen, außerschulische Bildungsangebote nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren und die individuelle Förderung zu stärken.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Weder die Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen noch Enrichment-Programme werden ausreichend berücksichtigt. Zudem fehlen eine Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen sowie eine gezielte Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote angesichts der deutlichen Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend.

4. EINORDNUNG AUS SICHT DES STIFTERVERBANDES

4.1 Gesamteinordnung der Analyse im Bereich Lehrkräftebildung

Der Lehrkräftemangel gehört zu den größten bildungspolitischen Herausforderungen Sachsen-Anhalts. Zwar setzen nahezu alle Parteien auf zusätzliche Personalgewinnung und eine stärkere Praxisorientierung der Ausbildung, die Strategien zur Öffnung und Flexibilisierung der Lehrkräftebildung fallen jedoch sehr unterschiedlich aus.

Die weitreichendsten Reformansätze finden sich bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Beide Parteien sprechen sich für ein schulformunabhängiges Stufenlehramt und den Ausbau dualer Studienangebote aus; BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN fordern darüber hinaus als einzige Partei die Einführung eines Ein-Fach-Lehramts. CDU und SPD setzen dagegen vor allem auf die Weiterentwicklung bereits eingeleiteter Maßnahmen wie des dualen Lehramtsstudiums und einer stärkeren Praxisorientierung. Die FDP schlägt als einzige Partei eine stärkere Einbindung von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) sowie zusätzliche, verbindliche Qualifizierungswege für Seiteneinsteigende vor. Die AfD konzentriert sich überwiegend auf kurzfristige – und zu Lasten anderer Bundesländer gehende – Maßnahmen zur Personalgewinnung und macht kaum Vorschläge zur strukturellen Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung.

Auffällig ist, dass die wachsende Bedeutung von Quer- und Seiteneinstiegen parteiübergreifend anerkannt wird, konkrete Konzepte für hochwertige und dauerhaft angelegte Qualifizierungswege jedoch meist vage bleiben. Die Einbindung von HAW, die der Stifterverband insbesondere hinsichtlich der Deckung des Lehrkräftebedarfs an den beruflichen Schulen empfiehlt, spielt in den Wahlprogrammen insgesamt kaum eine Rolle.

Die größte Leerstelle aller Wahlprogramme ist jedoch der hohe Schwund im Lehramtsstudium. Obwohl rund die Hälfte der Lehramtsstudierenden ihr Studium in Sachsen-Anhalt nicht abschließt, legt keine Partei eine überzeugende Strategie vor, wie angehende Lehrkräfte bis zum Berufseintritt gehalten werden können. Damit wird eine zentrale Herausforderung der Lehrkräftebildung in Sachsen-Anhalt parteiübergreifend nur unzureichend adressiert.

4.2 Gesamteinordnung der Analyse im Bereich schulische und außerschulische Potenzialförderung

Schulisch-außerschulische Kooperationen spielen in allen Wahlprogrammen eine Rolle, werden jedoch sehr unterschiedlich gewichtet. Gemeinsam ist den Parteien, dass sie Kooperationen vor allem als Instrument der Berufsorientierung verstehen. CDU, SPD, GRÜNE und FDP sehen zudem im Ganztags wichtige Potenziale für die Einbindung außerschulischer Bildungsangebote, während die AfD diesen Bereich nicht berücksichtigt.

Den umfassendsten Ansatz verfolgt die CDU. Mit dem 4+1-Modell, den „Schulen der Praxis“, Campusschulen und einer stärkeren Praxisorientierung der Lehrpläne verbindet sie konkrete Maßnahmen mit strukturellen Veränderungen und schafft damit strukturelle Voraussetzungen für eine nachhaltige Verankerung schulisch-außerschulischer Kooperationen zumindest im Bereich Berufsorientierung. SPD, GRÜNE und FDP setzen vor allem auf förderliche Rahmenbedingungen wie den Ausbau von Ganztagschulen, multiprofessionellen Teams, mehr Eigenverantwortung für Schulen sowie Bildungsmonitoring. Die FDP hebt sich zusätzlich durch die Förderung außerschulischer MINT-Lernorte und den Aufbau einer landesweiten Plattform außerschulischer Angebote für Lehrkräfte hervor. Die AfD fokussiert auf die Berufsorientierung sowie auf forst- und landwirtschaftliche Bildung. Zugleich ist sie die einzige Partei, die bestehende schulisch-außerschulische Kooperationsstrukturen im Bereich der Demokratiebildung ausdrücklich zurückbauen möchte.

Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte weisen alle Programme zentrale Lücken auf. Keine Partei entwickelt

eine Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen. Ebenso bleiben die Potenziale außerschulischer Bildungsangebote für Basiskompetenzen, MINT, Demokratiebildung sowie sozial-emotionale und weitere überfachliche Kompetenzen weitgehend ungenutzt. Angesichts der Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend fehlt zudem eine systematische Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote. Auch Enrichment-Programme wie Schülerwettbewerbe und Akademien werden von keiner Partei als evidenzbasierte Instrumente der individuellen Förderung strategisch aufgegriffen. Die AfD bewertet Schülerwettbewerbe zwar positiv, macht jedoch keine Vorschläge, wie die Beteiligung in Sachsen-Anhalt strukturell erhöht werden kann.

LITERATURVERZEICHNIS

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt: Lehrkräfteausbildung in Sachsen-Anhalt stärken. Bildung und Kultur Pressemitteilung. Februar 2022.

[Unterrichtsversorgung Archive - CDU-Fr](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf [aktion im Landtag Sachsen-Anhalt](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Deutscher Bundestag (20. Wahlperiode): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Gohlke, Göky Akbulut, Clara Bünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Entwicklung der Zahlen von Lehramtsstudierenden. Drucksache 20/9601. Dezember 2023.

[Drucksache 2](https://presse.sachsen-anhalt.de/not-rated/2025/08/07/bildungsminister-riedel-solider-schuljahresbeginn-mit-vielen-neuerungen) <https://presse.sachsen-anhalt.de/not-rated/2025/08/07/bildungsminister-riedel-solider-schuljahresbeginn-mit-vielen-neuerungen> [0/9601](https://presse.sachsen-anhalt.de/not-rated/2025/08/07/bildungsminister-riedel-solider-schuljahresbeginn-mit-vielen-neuerungen)

Hüskens Lydia, Kleemann Juliane, Schmidt Andreas, Schulze Sven: Koalitionsvertrag (2021 – 2026): Wir gestalten Sachsen-Anhalt. Stark. Modern. Krisenfest. Gerecht. September 2021.

[finaler_koalitionsver](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitions-](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [vertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [trag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Kultusministerkonferenz: Gemeinsame Leitlinien der Länder zur Deckung des Lehrkräftebedarfs. Beschluss der Kultusministerkonferenz. Juni 2009.

[Microsoft Word - 326-KMK-TOP 006-BS.doc](#)

Kultusministerkonferenz: Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2023 – 2035. Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder. Dokumentation Nr. 238. Dezember 2023.

[https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_238_Be-](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_238_Bericht_LEB_LEA_2023.pdf) [richt_LEB_LEA_2023.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_238_Bericht_LEB_LEA_2023.pdf)

Landesverband AFD Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AFD Sachsen-Anhalt.

[AfD Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt](#)

Landesverband BÜNDNIS 90/Die Grünen: Programm zur Landtagswahl 2026. Nur mit grün wird Zukunft draus. Mai 2026

[Programm zur Landtagsw](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koaliti-](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [onsvertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [ahl 2026](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Landesverband CDU Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 06. September 2026. Sachsen-Anhalt stärker machen. Nur mit uns. Juli 2026.

[regierungsprogramm |](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitions-](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [vertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [tw_web.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Landesverband Die Linke: Wahlprogramm zur Landtagswahl am 06. September 2026. Wir sind der Pol der Hoffnung. Mär 2026.

[2026-03-19 Landtagswahlprog](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/fina-](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [ler_koalitionsvertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [ramm_final.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Landesverband FDP Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026. Freiheit hat nur eine Heimat. Juni 2026.

[fdpwahlprogramm12w20](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koaliti-](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [onsvertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) [26.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf)

Landesverband SPD Sachsen-Anhalt: Mit Herz Haltung und Zuversicht. SPD Soziale Politik für dich. März 2026.

[Wahlprogramm - SPD Lan https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) desverband Sachsen-Anhalt

Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt: Der Lehrkräftebedarf an den Schulen des Landes Sachsen-Anhalt bis 2035 und die Konsequenzen für die Lehramtsausbildung. 1. November 2023

Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt: Bildungsminister Riedel: Solider Schuljahresbeginn mit vielen Neuerungen. Pressemitteilung 53/2025. August 2025.

<https://presse.sachsen-anhalt.de/not-rated/2025/08/07/bildungsminister-riedel-solider-schuljahresbeginn-mit-vielen-neuerungen>

Ministerium für Wissenschaft, Energie und Umwelt: Zielvereinbarung 2025 –2029. 2025.

<https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=69951&elem=3604585>

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Masterplan. Lehrkräftebildung neu gestalten. 75 Maßnahmen für die Lehrkräftebildung der Zukunft. November 2023.

[Masterplan: Lehrkräftebildung https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf](https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/publikationen/finaler_koalitionsvertrag.pdf) g neu gestalten

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wie gelingt guter MINT-Unterricht? Meta-Studie zur Sammlung von evidenzbasierten Maßnahmen zur Steigerung der MINT-Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. 2026.

[Wie gelingt guter MINT- https://www.stifterverband.org/sites/default/files/2026-04/wie_gelingt_guter_mint-unterricht.pdf](https://www.stifterverband.org/sites/default/files/2026-04/wie_gelingt_guter_mint-unterricht.pdf) Unterricht?

Internetquellen

Martin-Luther-Universität Halle: [Lehramt Musik \(Master - 120 LP\) - Studiengang - Uni-Halle](#) (zuletzt aufgerufen am 05.08.2026)

Martin-Luther-Universität Halle: [Lehramt Kunst \(Master - 120 LP\) - Studiengang - Uni-Halle](#) (zuletzt aufgerufen am 05.08.2026)

Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt: [Ministerium legt Expertenbericht zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs vor](#) (zuletzt aufgerufen am 29.07.2026)

Otto von Guericke Universität Magdeburg: [OVGU - Lehramt an Sekundarschulen \(praxisintegrierender Verlauf\)](#) (zuletzt aufgerufen am 10.08.2026)

Impressum

Essen, 2026

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Baedekerstraße 1 . 45128 Essen

T 0201 8401-0 . mail@stifterverband.de

www.stifterverband.org

Redaktion

Bettina Jorzik

Christina Siebert-Husmann

Gudula Merchert-Werhahn

Martin Beyerle

Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Sachsen-Anhalt. Eine Untersuchung der bildungs- politischen Positionen der Parteien. Essen, 2026.
